

dza aktuell deutscher alterssurvey

Heft 02/2026

Herausgeber:

Deutsches Zentrum für Altersfragen

**Einstellungen zur Alterssicherung
in der zweiten Lebenshälfte:
Hohe Zustimmung zu Gleichheit
und Äquivalenzprinzip**

Julia Simonson, Oliver Platt, Michael
Weinhardt

Einstellungen zur Alterssicherung in der zweiten Lebenshälfte: Hohe Zustimmung zu Gleichheit und Äquivalenzprinzip

Julia Simonson, Oliver Platt, Michael Weinhardt

Inhalt

Kernaussagen	4
Einführung	6
Daten und Methoden	11
Ergebnisse	13
Diskussion und Fazit	22
Literatur	27

Kernaussagen

Pessimistische Einstellungen hinsichtlich der Altersvorsorge sind bei Menschen in der zweiten Lebenshälfte eher gering ausgeprägt. Die meisten Menschen gehen davon aus, dass es sich lohnt, für das Alter vorzusorgen.

Menschen in der zweiten Lebenshälfte befürworten die Aussage, dass der Staat für eine größere Gleichheit der Alterseinkommen sorgen sollte, besonders stark. Sie unterstützen aber ebenfalls das Äquivalenzprinzip, wonach ein höheres Einkommen zu einer höheren Rente führt. Etwas niedriger ist die Zustimmung zur Aussage, dass man selbst die Verantwortung für die Versorgung im Alter tragen soll (Prinzip der Eigenverantwortung), was wiederum deutlich stärker befürwortet wird als die Aussage, dass die gesetzliche Rente lediglich den Grundbedarf sichern soll.

Personen im höheren Rentenalter (76 Jahre und älter) vertreten stärker als Jüngere die Auffassung, die Altersvorsorge solle in der Eigenverantwortung der Individuen liegen und der Staat sollte nur den Grundbedarf sichern. Personen im späten Erwerbsalter bzw. im Rentenübergang (56- bis 65 Jahre) stimmen am seltensten dem Prinzip der Grundbedarfssicherung zu.

Die Geschlechterunterschiede hinsichtlich der Einstellungen zur Altersvorsorge sind insgesamt gering. Frauen befürworten jedoch das Gleichheitsprinzip stärker als Männer,

bewerten das Äquivalenzprinzip als etwas weniger gerecht und haben etwas pessimistischere Einstellungen gegenüber der Altersvorsorge als Männer.

Armutsgefährdete Personen befürworten stärker als andere Einkommensgruppen sowohl mehr Einkommensgleichheit als auch das Prinzip der Grundbedarfssicherung. Sie stimmen dem Prinzip der Eigenverantwortung am wenigsten zu, bewerten das Äquivalenzprinzip weniger als gerecht und haben im Vergleich zu anderen Einkommensgruppen die pessimistischste Einschätzung hinsichtlich der Altersvorsorge. Die Einstellungen von Personen mit hohem Einkommen verhalten sich gegenläufig dazu; Personen mit mittlerem Einkommen bewegen sich dazwischen.

Personen mit höherer Bildung stimmen dem Prinzip der Gleichheit etwas weniger zu als andere Bildungsgruppen. Vorsorgepessimistische Einstellungen sind am stärksten bei Personen mit niedriger Bildung ausgeprägt und am schwächsten bei Personen mit hoher Bildung.

Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind hinsichtlich der Altersvorsorgeeinstellungen insgesamt eher gering. Personen in Ostdeutschland befürworten allerdings das Prinzip der Eigenverantwortung weniger stark und haben etwas pessimistischere Einstellungen hinsichtlich der Altersvorsorge als Menschen in Westdeutschland.

Attitudes toward old age provision in the second half of life: strong support for equality and the principle of equivalence

Key findings

Pessimistic attitudes towards old age security are not very pronounced among people in the second half of life. Most people believe it is worthwhile to make provisions for their old age.

People in the second half of life strongly support the principle of equality, which says that the state should ensure greater equality of retirement income. However, they also support the equivalence principle, according to which higher income leads to higher pensions.

Support for the principle of individual responsibility for old age security is somewhat lower, although this is still endorsed more strongly than the idea that the statutory pension should merely cover basic needs.

People aged 76 and older support the idea that old age security is the individual's responsibility and that the state should only cover basic needs to a greater extent than people in younger age groups. People in late working age or transitioning to retirement (aged 56–65) are the least likely to agree with the principle of covering basic needs.

Overall, gender differences in attitudes towards old age provision are small. However, women are more supportive of equality, view the principle of equivalence as somewhat less fair and have slightly more pessimistic attitudes towards old age security than men.

People at risk of poverty are more inclined than other income groups to endorse both the idea of income equality in old-age security and the principle of basic needs coverage. They are the least in agreement with the principle of individual responsibility, consider the equivalence principle to be less fair and, compared to other income groups, hold the most pessimistic views regarding retirement provision. High-income individuals have the opposite attitudes; middle-income individuals fall in between.

People with higher education have slightly lower levels of agreement with the principle of equality than other educational groups. Pessimistic attitudes towards old age security are most prevalent among those with low levels of education and least prevalent among those with high levels of education.

Overall, differences in attitudes toward old age provision between East and West Germany are quite small. However, compared to West Germany, living in East Germany is associated with less support for the principle of individual responsibility and more pessimistic attitudes toward old age security.

Data Basis: The German Ageing Survey (DEAS)

The German Ageing Survey (DEAS) is a representative, cross-sectional and longitudinal survey of people in the second half of life and the central study on age and ageing in Germany. For more than two decades, the study has regularly surveyed women and men as they move into old age (1996, 2002, 2008, 2011, 2014, 2017, 2020/21 and 2023). This long observation period allows a comprehensive insight into the living situations of people in the second half of life as well as social and individual changes in ageing. People aged 40 and over at the time of their first participation are surveyed. They are selected based on a sample from the residents' registration offices, stratified by age, gender and region. The DEAS is therefore representative of the resident population of Germany living in private households in the second half of life. More than 20,000 people have taken part in the study to date.

Einführung

Der demografische Wandel mit einer alternden Bevölkerung und einer im Verhältnis zu den Rentenempfänger*innen sinkenden Zahl von Beitragszahler*innen stellt das umlagefinanzierte System der gesetzlichen Rente vor Herausforderungen. Hinzu kommen wachsende Ungleichheiten in Einkommen und Erwerbsverläufen. Die gesetzliche Altersvorsorge in Deutschland steht daher zunehmend im Zentrum gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen: Dabei geht es um die Angemessenheit des Rentenniveaus und das Gleichgewicht zwischen solidarischer Umverteilung und individueller Eigenverantwortung (Bäcker, 2018; Laenen et al., 2020; Taylor-Gooby et al., 2017). Aktuelle Beispiele sind die Kritik der Jungen Union am Rentenpaket der Großen Koalition oder Diskussionen zur Stabilisierung des Rentenniveaus oder zum Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Basisabsicherung (BAGSO, 2026; Stein, 2025; SoVD, 2026). Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu analysieren, welche normativen Vorstellungen die Bevölkerung zur Ausgestaltung der Altersvorsorge hat. Ohne das Wissen um die Präferenzen und Bewertungen der Bürger*innen können Reformen zwar technisch funktionieren, aber politisch aufgrund fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz scheitern (Nullmeier, 2025).

Die Bewertung der Alterssicherung und der ihr zugrundeliegenden Prinzipien durch die Bevölkerung ist somit zentral für die Legitimation und Leistungsfähigkeit des Sozialstaats im Alter. In der Forschung werden verschiedene Aspekte dieser normativen Vorstellungen unterschieden. Ein Aspekt sind politische Einstellungen zu Zielen und Prinzipien der Alterssicherung. Also zum Beispiel, in welchem Maß der Staat in die Alterssicherung eingreifen sollte, um durch Umverteilung für eine stärkere Gleichheit sozialer Gruppen zu sorgen oder inwieweit die Alterssicherung über private Vorsorge erfolgen und damit stärker in der individuellen Eigenverantwortung der

Einzelnen liegen und der Staat lediglich den Grundbedarf sichern sollte. Ein zweiter Aspekt ist die Bewertung der Gerechtigkeit der tatsächlich erfolgten Leistungen der Alterssicherung. Das schließt beispielsweise die Bewertung von fest institutionalisierten Grundsätzen der Alterssicherung wie dem Umlageverfahren (bei dem die heutigen Erwerbstätigen die laufenden Renten finanzieren) oder dem Äquivalenzprinzip (wonach höhere Beitragszahlungen zu höheren Renten führen) ein. Sowohl die Erwartungen an Staat und Politik als auch die Bewertung der konkreten Ergebnisse prägen die gesellschaftliche Akzeptanz der Alterssicherung (van Oorschot et al., 2022).

Auf Basis aktueller Daten des Deutschen Alterssurveys (DEAS 2023) untersucht dieses DZA Aktuell die verschiedenen Aspekte der Legitimation der Altersvorsorge. Sie sind eingebettet in einen medialen und gesellschaftlichen Diskurs, in dem die der Alterssicherung zugrundeliegenden Prinzipien regelmäßig neu ausverhandelt werden. In diesem Kontext ist hervorzuheben, dass es im Zuge der letzten großen Rentenreformen seit der Jahrtausendwende, die in der Einführung eines Drei-Säulen-Systems bestehend aus gesetzlicher Rentenversicherung (GRV), betrieblicher Alterssicherung (BAV) und privater Vorsorge gemündet sind, zu einer Ausdifferenzierung politischer Leitbilder in der Rentenpolitik gekommen ist (Bäcker, 2021; Brettschneider, 2012, Blank, 2025). Im Folgenden werden zunächst fest institutionalisierte Pfeiler der deutschen Alterssicherung besprochen und anschließend politisch diskutierte Ordnungsprinzipien vorgestellt.

Das Rentensystem in Deutschland orientiert sich zu großen Teilen am Äquivalenzprinzip. Demnach geht mit einer längeren Erwerbstätigkeit und einem höheren Erwerbseinkommen vermittelt über höhere Beitragszahlungen auch eine höhere Rente im Alter einher. Versicherte können ihre Rentenansprüche direkt aus ihren

Beitragszahlungen ableiten. Im lohnarbeitszentrierten System der gesetzlichen Rentenversicherung ist das ein zentraler Grundpfeiler (Bäcker, 2022).

Ein weiterer Grundpfeiler ist das Umlageverfahren der GRV. Das bedeutet, dass heutige Rentenbeiträge heutige Rentenauszahlungen finanzieren. Kapital für die eigene Rente wird im Rahmen der GRV somit nicht angespart. Im Zuge der Rentenreformen seit 2001 wurde der Aspekt der Eigenverantwortung in der Alterssicherung gestärkt, indem die private Säule der Vorsorge gefördert und gleichzeitig das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente verringert wurden. Die gesetzliche Rente sollte demzufolge zusammen mit betrieblicher und privater Rente nur noch eine von drei tragenden Säulen der Alterseinkommen bilden. Für die Sicherung des Lebensstandards im Alter wird somit zusätzlich eine eigene, individuelle Vorsorgeleistung erwartet (Weißkopf, 2023; Wilke, 2018). Zusammen mit der sich weiter verstärkenden Verschiebung des Verhältnisses von Beitragsempfängenden und Beitragszahlenden kann dies für zukünftige Beitragsempfänger*innen die Frage aufwerfen, inwieweit sie später noch mit einer ausreichenden Alterssicherung durch die GRV rechnen können. Diese Frage stellt sich besonders für Personen, die von der gesetzlichen Rentenversicherung abhängig und nicht in der Lage sind, privat vorzusorgen (Borlinghaus et al., 2026). Eine daraus möglicherweise entstehende pessimistische Vorsorgebereitschaft und fatalistische Haltung gegenüber der Alterssicherung könnte die Akzeptanz und Legitimation des Alterssicherungssystems in Deutschland gefährden (BAGSO, 2026; SoVD, 2026).

Politisch und medial werden immer wieder verschiedene Konzepte diskutiert, wie die Alterssicherung in Deutschland sein sollte. Unter dem Prinzip der Gleichheit können politische Ansätze zusammengefasst

werden, die fordern, dass das System der Alterssicherung durch aktives Eingreifen eine umverteilende und ausgleichende Wirkung haben soll. Die GRV enthält tatsächlich auch Elemente des Solidarausgleichs mit umverteilender Wirkung, beispielsweise wenn in spezifischen Lebensphasen, in denen keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, dennoch Beitragszahlungen (durch Staat oder Sozialversicherungsträger) geleistet werden, etwa durch die Aufwertung von Anwartschaften während der Kindererziehung oder durch Hinterbliebenenversorgung (Bäcker, 2022).

Davon können Reformansätze unterschieden werden, die dem Prinzip der Grundbedarfssicherung zuordenbar sind. Hier ist das Ziel, die Sozialleistungen auf (minimale) Kernleistungen zu deckeln, die auf die Sicherung eines sozialen Mindeststandards (z. B. im Rahmen eines Beveridge-Modells wie etwa im Vereinigten Königreich oder Neuseeland) abzielen (Schäfer, 2014; Hinrichs & Lynch, 2021). Viele Autor*innen sind sich einig, dass die meisten Reformansätze im letzten Jahrzehnt tendenziell diesem Prinzip zugeordnet werden können (Blank, 2025). Damit verknüpft ist das Prinzip der eigenverantwortlichen privaten Vorsorge. Hier rückt der Blick weg von staatlichen Eingriffen hin zur individuellen Eigenverantwortung. Dazu zählen Vorschläge, wie die Förderung der privaten kapitalgedeckten Rentenversicherung (Nullmeier & Brosig, 2025). Solche Vorschläge werden von manchen Autor*innen als neoliberaler Rentenkonsens bezeichnet (Butterwegge et al., 2012; Christen, 2017). Insgesamt wird deutlich, dass die drei Prinzipien der Gleichheit, der Grundbedarfssicherung und der Eigenverantwortung der Vorsorge Gegenstand ständiger politischer Aushandlungsprozesse sind, wie die Alterssicherung in Deutschland sein sollte.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Ordnungsprinzipien und institutionalisierter Grundpfeiler nimmt das vorliegende DZA Aktuell konkret die folgenden Einstellungen zur Altersvorsorge in Deutschland in den Blick: Betrachtet werden einerseits politische Einstellungen zu drei grundlegenden Prinzipien der Alterssicherung – Gleichheit, Grundbedarfssicherung und individuelle Eigenverantwortung der Vorsorge – und andererseits die Bewertung der Gerechtigkeit des Äquivalenzprinzips sowie das Ausmaß pessimistischer Einschätzungen in Bezug auf die Altersvorsorge.

Für die Analyse der genannten Einstellungen ist die Betrachtung unterschiedlicher soziodemografischer Gruppen relevant, da Einstellungen zur Altersvorsorge nicht nur abstrakte normative Präferenzen widerspiegeln, sondern eng mit konkreten Lebenslagen, Erwerbsverläufen und individuellen Zukunftserwartungen verbunden sind (Franke & Simonson, 2018; Nemčok et al., 2025). Unterschiede nach Alter, Einkommen, Bildung, Geschlecht sowie regionaler Herkunft ermöglichen es, zentrale soziale Konfliktlinien im deutschen Rentensystem sichtbar zu machen und die gesellschaftliche Akzeptanz unterschiedlicher Reformoptionen differenziert zu analysieren.

Die Rolle des Alters

Ein wesentliches Differenzierungsmerkmal hinsichtlich der Einstellungen zur Alterssicherung stellt das eigene Alter dar, insbesondere in der zweiten Lebenshälfte, da Personen in dieser Lebensphase zunehmend mit Fragen der eigenen Altersabsicherung konfrontiert sind. Vor dem Hintergrund der eigenen bisherigen Erwerbsbiografie gewinnen konkrete Fragen zu Vorsorgemöglichkeiten, den absehbaren Rentenansprüchen und der eigenen Lebensqualität im Alter an Bedeutung. Diese Überlegungen können sich entsprechend auf Einstellungen zu Umverteilung, Eigenverantwortung und der Rolle der gesetzlichen Rente auswirken.

Beitragsbeziehende haben ein Eigeninteresse an einem stabilen System, das ihren Lebensstandard sichert. Dabei gibt es erste Hinweise darauf, dass mit zunehmendem Alter die Akzeptanz des Alterssicherungssystems steigt. Auf der anderen Seite ist es noch nicht klar, ob mit zunehmendem Alter mehr staatliche Umverteilung oder mehr Eigeninitiative gefordert wird (Ebbinghaus & Naumann, 2020; Riekhoff, 2020). Während einige Studien belegen, dass ältere Kohorten eher zum Prinzip der Gleichheit neigen und jüngere zur Eigenverantwortung (Franke & Simonson, 2018; Schrenker, 2011; Wegener & Schrenker, 2007), zeigt eine aktuellere Erhebung, dass junge Geburtskohorten besonders die staatliche Umverteilung mit dem Ziel einer stärkeren Gleichheit der Alterseinkommen befürworten, während insbesondere ältere Kohorten Eigenverantwortlichkeit in der Altersvorsorge unterstützen (Aprea et al., 2025).

Die Rolle des Geschlechts

Frauen und Männer unterscheiden sich in Deutschland weiterhin systematisch in ihren Erwerbsverläufen, Einkommensniveaus und Vorsorgemöglichkeiten. Frauen weisen häufiger unterbrochene Erwerbsbiografien, Teilzeitarbeit und Phasen unbezahlter Sorgearbeit auf, was im Durchschnitt zusammen mit dem Gender Pay Gap (Lohnlücke zwischen Frauen und Männern) zu geringeren Rentenanwartschaften von Frauen führt (Romeu Gordo & Simonson, 2022). Diese strukturellen Unterschiede können sich in geschlechtsspezifische Differenzen in der Bewertung der normativen Prinzipien im Rentensystem niederschlagen. Das zeigen auch empirische Studien: Nach Grasso & Shorrocks (2025) unterstützen Frauen über verschiedene Generationen hinweg tendenziell wohlfahrtsstaatliche Umverteilung und Gleichheit mehr als Männer. Dieser Unterschied bestehe selbst dann, wenn für ökonomische Faktoren kontrolliert wird.

Die Rolle des Einkommens und der Bildung

Das Einkommen beeinflusst die Einstellungen zur Altersvorsorge in besonderem Maße, da es sowohl die (aktuellen bzw. vorherigen) Beitragszahlungen, die (zu erwartenden) Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung als auch die Möglichkeiten privater Vorsorge bestimmt (Borlinghaus et al., 2026). Personen mit niedrigem Einkommen sind stärker auf staatliche Sicherung angewiesen und neigen daher möglicherweise eher zu einer positiven Bewertung von Umverteilungsmechanismen zur Stärkung des Gleichheitsprinzips und einer stärkeren Rolle der gesetzlichen Rente. Höhere Einkommensgruppen hingegen verfügen über größere Spielräume für individuelle Vorsorge und zeigen als bisherige Profiteur*innen des bestehenden Systems tendenziell eine höhere Akzeptanz des Äquivalenzprinzips sowie der Idee individueller Eigenverantwortung. Darüber hinaus tendieren Personen mit höherem Einkommen eher selten zu vorsorgepessimistischen Einstellungen hinsichtlich der Alterssicherung (Franke & Simonson, 2018); gemäß des Äquivalenzprinzips können sie auch eher erwarten, im Alter über ein gutes Einkommen zu verfügen bzw. tun dies bereits.

Eng mit dem Einkommen verknüpft ist das Merkmal Bildung, das sowohl den Zugang zu Informationen über das Rentensystem als auch langfristige Planungs- und Zukunftsorientierungen beeinflusst. Höher gebildete Personen verfügen in der Regel über ein besseres Verständnis sozialpolitischer Zusammenhänge und sind häufiger in stabileren Erwerbspositionen und mit höherem Einkommen tätig, was differenziertere und teilweise stärker individualisierte Einstellungen zur Altersvorsorge – und damit eine größere Zustimmung zum Prinzip der Eigenverantwortung – begünstigen kann. Mit

einem besseren Verständnis der teils komplexen Instrumente und Angebote der Alterssicherung, sinkt auch die Abhängigkeit von den öffentlichen Leistungen der GRV. Geringere Bildungsniveaus gehen dagegen häufiger mit Unsicherheit über die eigene Altersabsicherung und einer stärkeren Zustimmung zu einer staatlichen Grundbedarfssicherung einher (Moosdorf, 2024).

Unterschiede zwischen Ost und West

Schließlich ist die Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland weiterhin relevant, da sich historische Unterschiede in Erwerbsverläufen, Rentensystemen und Staatsverständnissen bis heute in Gerechtigkeitsvorstellungen (Wegener & Liebig, 2010), in Einstellungen zur Rolle des Staates (Alesina & Fuchs-Schündeln, 2007; Heller & Schmidt, 2024) und zur Alterssicherung niederschlagen können. Insbesondere in Ostdeutschland haben Erfahrungen mit einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen und einer stärkeren Rolle staatlicher Sicherung langfristige Prägungen hinterlassen, während in Westdeutschland traditionell stärker erwerbszentrierte und familienbezogene Sicherungsmodelle dominierten. Darüber hinaus bestehen auch aktuell noch deutliche Unterschiede in der wirtschaftlichen Situation Ost- und Westdeutschlands. Viele Studien bestätigen, dass regionale ökonomische Faktoren wie eine schwächere Wirtschaftsleistung oder eine hohe Arbeitslosigkeit mit einer Kritik am Alterssicherungssystem und einer Unterstützung für staatliche Umverteilung einhergehen (Franke & Simonson, 2018; Jeene et al., 2014). Diese aktuellen ökonomischen Unterschiede ebenso wie die unterschiedlichen historischen Erfahrungen können zu systematischen regionalen Unterschieden in der Bewertung von Gleichheit, staatlicher und individueller Verantwortung im Rentensystem führen.

Forschungsfragen

Im Rahmen des DZA Aktuell wird der Frage nachgegangen, wie sich Einstellungen hinsichtlich der Alterssicherung in Deutschland bei Personen ab 43 Jahren darstellen und wie sich diese Einstellungen zwischen Bevölkerungsgruppen unterscheiden. Damit liefert dieses DZA Aktuell wichtige empirische Hinweise für die Bewertung der gesellschaftlichen Akzeptanz und Zukunftsfähigkeit der Alterssicherung in Deutschland. Wir unterscheiden dabei zum einen zwischen Einstellungen zu drei grundlegenden Prinzipien der Alterssicherung – Gleichheit, Grundbedarfssicherung und Eigenverantwortung der privaten Vorsorge – und zum anderen der Bewertung der Gerechtigkeit des Äquivalenzprinzips sowie dem Ausmaß pessimistisch-fatalistischer Einschätzungen in Bezug auf die Altersvorsorge. Wir schauen uns zudem an, inwieweit einstellungsbezogene Unterschiede zwischen soziodemografischen Gruppen nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung und Region (Ostdeutschland im Vergleich zu

Westdeutschland) bestehen. Konkret beantworten wir folgende Fragen:

- Wie bewerten Personen in der zweiten Lebenshälfte das Prinzip der Gleichheit, der Grundbedarfssicherung und der Eigenverantwortung und wie unterscheiden sich die Einstellungen nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung und Region?
- Inwieweit bewerten Personen in der zweiten Lebenshälfte das Äquivalenzprinzip der Alterssicherung als gerecht und wie unterscheiden sich die Bewertungen nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung und Region?
- Wie ausgeprägt sind vorsorgepessimistische Einstellungen bei Personen in der zweiten Lebenshälfte und wie unterscheiden sich die Einstellungen nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung und Region?

Daten und Methoden

Der Deutsche Alterssurvey (DEAS)

Der Deutsche Alterssurvey (DEAS) ist eine repräsentative Quer- und Längsschnittbefragung von Personen in der zweiten Lebenshälfte. Im Rahmen der Studie werden seit mehr als zwei Jahrzehnten Frauen und Männer auf ihrem Weg ins höhere und hohe Alter regelmäßig befragt (1996, 2002, 2008, 2011, 2014, 2017, 2020/21, 2023). Dieser lange Beobachtungszeitraum erlaubt einen umfassenden Einblick in das Älterwerden und die Lebenssituationen von Menschen in der zweiten Lebenshälfte. Zudem kann durch das kohortensequenzielle Design der Studie Älterwerden im sozialen Wandel untersucht werden. Der DEAS ist daher die zentrale Studie zu Alter und Altern in Deutschland. Mehr als 20.000 Personen haben bislang an der Studie teilgenommen. Befragt werden Personen, die zum Zeitpunkt der ersten Teilnahme 40 Jahre und älter sind. Die Teilnehmenden werden auf Basis einer nach Alter, Geschlecht und Region geschichteten Einwohnermeldeamtsstichprobe ausgewählt. Die DEAS-Daten sind daher repräsentativ für die in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung Deutschlands in der zweiten Lebenshälfte.

Die jüngste verfügbare Befragung fand im Zeitraum vom Dezember 2022 bis Juni 2023 statt. Im Zentrum dieser Befragung standen Fragen zur aktuellen Lebenssituation, zum Beispiel zu sozialen Beziehungen, Wohlbefinden und Erwerbsarbeit (für die vollständigen Erhebungsinstrumente siehe Simonson et al., 2025). Es haben 4.992 Personen ab einem Alter von 43 Jahren an der Befragung teilgenommen. Die Befragung wurde als persönliches oder telefonisches Interview durchgeführt. Im Anschluss an das Interview erhielten die Befragten noch einen Fragebogen, der von 4.211 Personen schriftlich oder online beantwortet wurde.

In den Analysen werden gewichtete Anteils- und Mittelwerte unter Verwendung von Methoden, die das Design der Stichprobe berücksichtigen, dargestellt. Im DEAS 2023 wurden die Gewichte erstmals auch nach Bildung poststratifiziert. Gruppenunterschiede werden auf statistische Signifikanz getestet. Verwendet wird ein Signifikanzniveau von $p < 0,05$. Ist ein Befund statistisch signifikant, so kann mit mindestens 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass ein festgestellter Unterschied nicht nur in der vorliegenden Stichprobe, sondern auch in der Gesamtbevölkerung vorhanden ist. Ist ein Befund nicht statistisch signifikant, ist es möglich, dass beobachtete Unterschiede in der Stichprobe nur zufällig zustande kamen.

Der DEAS wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Weitere Informationen zum DEAS finden sich unter www.deutscher-alterssurvey.de

Stichprobe und Variablen

Zur Beantwortung der genannten Forschungsfragen werden die Daten des Deutschen Alterssurveys (DEAS) 2023 im Querschnitt analysiert (Klaus et al., 2017). In der DEAS-Befragung 2023 wurden Einstellungen zur Alterssicherung über die Zustimmung zu verschiedenen Aussagen im schriftlichen Interview erhoben. Im

Folgenden werden daher nur Personen einbezogen, die den schriftlichen Fragebogen ausgefüllt haben.

Die im DEAS verwendete Skala basiert auf der im Rahmen des International Social Justice Projektes (ISJP) entwickelten Skala zu Gerechtigkeitsvorstellungen (Mühleck & Scheller, 2014). Die Befragten haben dabei die Möglichkeit ihre Zustimmung auf einer

fünfstufigen Skala (von „stimme voll zu“ bis „lehne ganz ab“ abzustufen). Die Skala wurde so umkodiert, dass hohe Werte eine stärkere Zustimmung („stimme voll zu“) der Aussage bedeuten. Für die Auswertung in diesem DZA Aktuell untersuchen wir die Mittelwerte zu folgenden Aussagen:

- Die staatliche Altersvorsorge sollte zu größerer Gleichheit der Einkommen und Lebensbedingungen unter den Älteren beitragen (Prinzip der Gleichheit)
- Jeder sollte selbst die Verantwortung für seine Versorgung im Alter tragen (Prinzip der Eigenverantwortung)
- Es ist ausreichend, wenn die gesetzliche Rente den Grundbedarf der Menschen deckt (Prinzip der Grundbedarfssicherung)
- Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Renten bekommen können als andere (Bewertung des Äquivalenzprinzips)
- Es hat keinen Sinn für das Alter vorzusorgen, weil man ohnehin nicht weiß, was die Zukunft bringt (Vorsorgepessimismus)

Zur Betrachtung von Gruppenunterschieden verwenden wir Informationen zu Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung und Wohnregion (Ost- oder Westdeutschland). Es werden vier Altersgruppen unterschieden: 43–55 Jahre (27,5 Prozent), 56–65 Jahre (31,1 Prozent), 66–75 Jahre (19,7 Prozent), 76–90 Jahre (21,6 Prozent). Bezüglich des Geschlechts unterscheiden wir Frauen (52,3 Prozent) und Männer (47,7 Prozent). Für die finanzielle Situation

werden drei Gruppen gebildet: armutsgefährdete Haushalte (15,1 Prozent), Haushalte mit mittlerem Einkommen (66,3 Prozent) und solche mit höherem Einkommen (15,5 Prozent). Als armutsgefährdet gelten Personen, deren bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen (Nettoäquivalenzeinkommen des Haushalts) unter 60 Prozent des mittleren Einkommens in der Gesamtbevölkerung (Median) lag. Als mittlere Einkommen gelten Einkommen in Höhe von 60–150 Prozent des mittleren Einkommens. Höhere Einkommen liegen über 150 Prozent des bedarfsgewichteten, mittleren Einkommens. Der Referenzwert für das Medianeinkommen der deutschen Gesamtbevölkerung basiert auf der Erhebung für die amtliche Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Statistics on Income and Living Conditions – EU-SILC) und lag im Jahr 2023 bei 2.190 Euro pro Monat (26.274 Euro pro Jahr). Die Armutsrisikoschwelle liegt somit bei 1.314 Euro pro Monat, die 150-Prozent-Schwelle bei 3.284 Euro pro Monat. Für die Auswertung nach Bildungsunterschieden wird der höchste Schulabschluss herangezogen. Unterschieden wird nach niedriger (maximal Hauptschulabschluss, 33,8 Prozent), mittlerer (maximal mittlere Reife, 35,4 Prozent) und hoher Bildung ((Fach-)Hochschulreife, 30,7 Prozent). Als Indikator für den Wohnort in Ost- oder Westdeutschland wird eine Zuordnung der Befragten zur Region des ehemaligen Bundesgebietes vor der Wiedervereinigung einschließlich der westlichen Teile Berlins (80,9 Prozent) oder zur ehemaligen DDR inklusive Ost-Berlin vorgenommen (19,3 Prozent). Wenn Personen auf einzelnen Variablen keine gültigen Angaben gemacht haben, werden sie aus den jeweiligen Analysen ausgeschlossen.

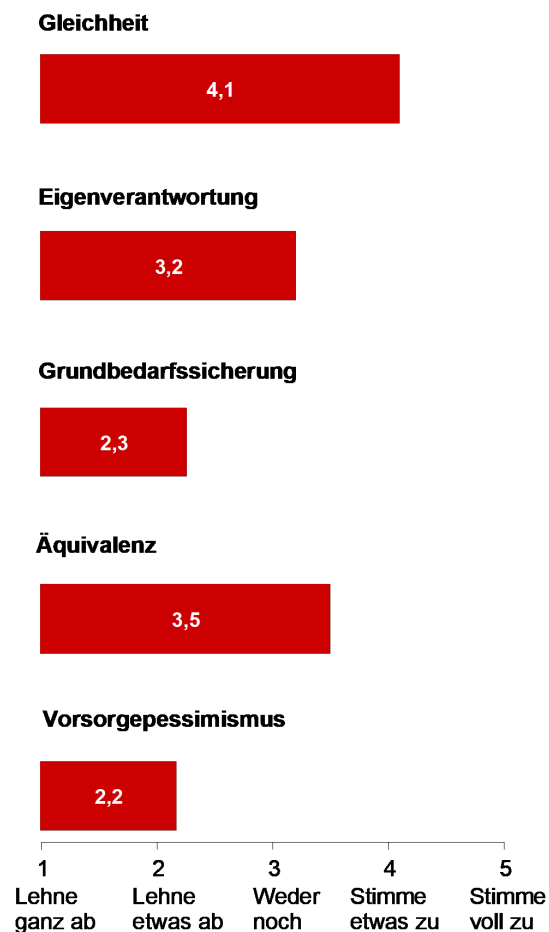
Ergebnisse

Gesamt

Wie bewerten Menschen in der zweiten Lebenshälfte die Altersvorsorge in Deutschland und die ihr zugrundeliegenden Prinzipien? Abbildung 1 zeigt die durchschnittliche Zustimmung zu den fünf normativen Aussagen zur Alterssicherung für alle Befragten. Am stärksten wurde dem Prinzip der Gleichheit zugestimmt ($M = 4,1$). Auf einer fünfstufigen Skala von „lehne ganz ab“ bis „stimme voll zu“ entspricht das am ehesten der Aussage „stimme etwas zu“. An zweiter Stelle folgte das Äquivalenzprinzip ($M = 3,5$) und das Prinzip der

Eigenverantwortung ($M = 3,2$). Deutlich geringere Zustimmungswerte zeigten sich für die Aussage, dass die gesetzliche Rente lediglich den Grundbedarf sichern müsse ($M = 2,3$). Am niedrigsten fiel die Zustimmung zur vorsorgepessimistischen Aussage aus („Es hat keinen Sinn, für das Alter vorzusorgen“; $M = 2,2$). Insgesamt zeigte sich damit eine hohe Unterstützung für umverteilungs- bzw. gleichheitsorientierte Prinzipien der Alterssicherung, während vorsorgepessimistische Einstellungen sowie die Auffassung, dass die Rente lediglich den Grundbedarf sichern sollte, vergleichsweise selten vertreten waren.

Abbildung 1: Einstellungen zur Altersvorsorge 2023, gesamt



Quelle: DEAS 2023, Version 1.0, gewichtet; $n_{\text{Gleichheit}} = 4138$, $n_{\text{Eigenverantwortung}} = 4162$, $n_{\text{Grundbedarfssicherung}} = 4173$, $n_{\text{Äquivalenz}} = 4181$, $n_{\text{Vorsorgepessimismus}} = 4178$.

Alter

Die Zustimmung bzw. Ablehnung der Aussagen zur Alterssicherung unterschied sich teilweise zwischen den Altersgruppen. Abbildung 2 zeigt die mittlere Zustimmung zu den verschiedenen Prinzipien der Alterssicherung differenziert nach vier Altersgruppen (43–55 Jahre, 56–65 Jahre, 66–75 Jahre, 76+ Jahre). Hinsichtlich des Gleichheitsprinzips („Die staatliche Altersvorsorge sollte zu größerer Gleichheit der Einkommen und Lebensbedingungen unter den Älteren beitragen“) zeigte sich in allen Altersgruppen eine hohe Zustimmung. Die Mittelwerte lagen durchgehend bei über vier Punkten auf der fünfstufigen Skala; die Unterschiede zwischen den Altersgruppen waren insgesamt gering; nur bei den 76-Jährigen und Älteren fiel die Zustimmung signifikant höher aus als bei den 43- bis 55-Jährigen.

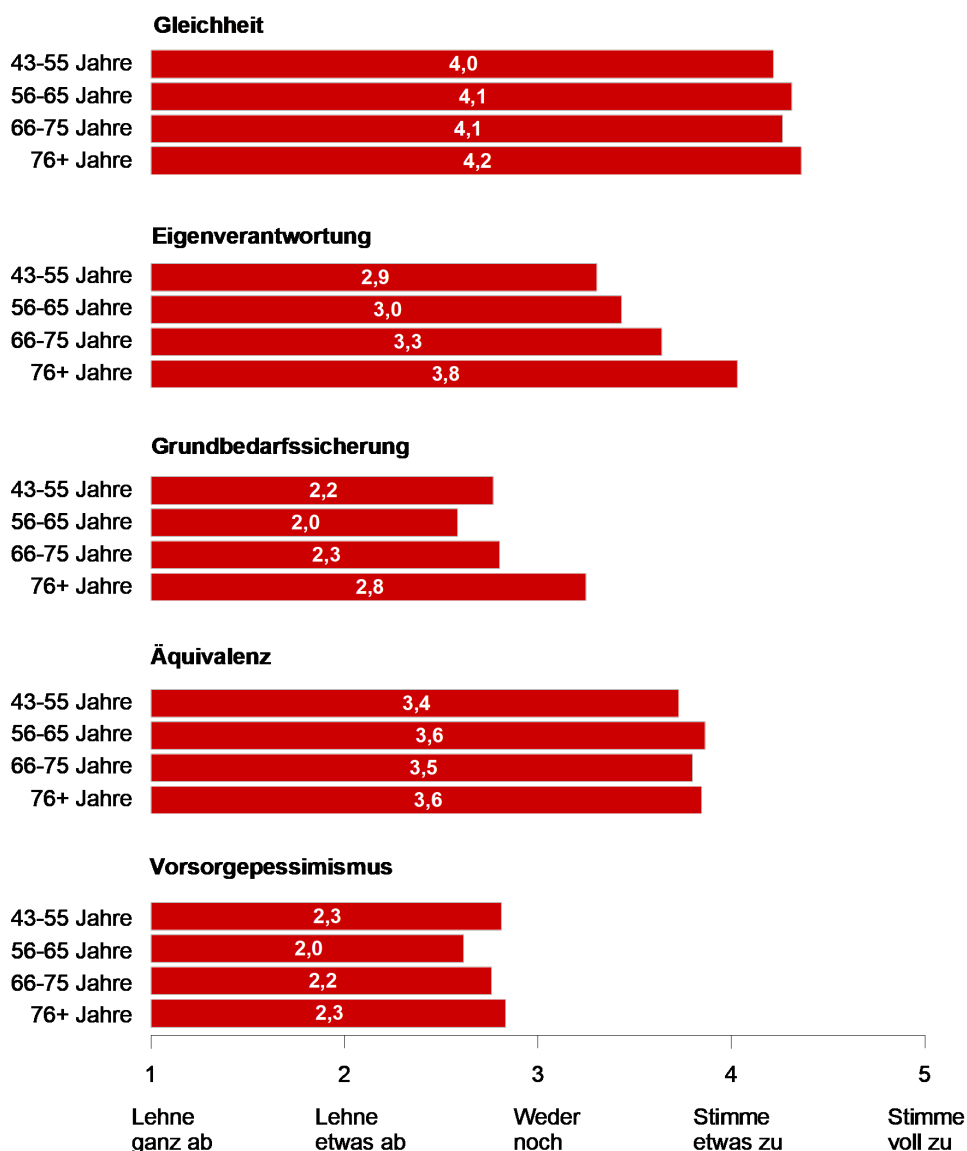
Signifikante Altersunterschiede zeigten sich beim Prinzip der Eigenverantwortlichkeit („Jeder sollte selbst die Verantwortung für seine Versorgung im Alter tragen“). Hier stieg die Zustimmung kontinuierlich mit dem Alter an (43–55 Jahre: $M = 2,9$; 56–65 Jahre: $M = 3,0$; 66–75 Jahre: $M = 3,3$; 76+ Jahre: $M = 3,8$). Die Spannweite zwischen jüngster und ältester Gruppe betrug rund 0,9 Skalenpunkte auf der fünfstufigen Skala. Insgesamt waren die

Zustimmungswerte aber bei allen Altersgruppen deutlich geringer als beim Prinzip der Gleichheit.

Bei der Aussage zur staatlichen Sicherung des Grundbedarfs („Es ist ausreichend, wenn die gesetzliche Rente den Grundbedarf der Menschen deckt“) zeigte sich insgesamt eine eher geringe Zustimmung. Die niedrigsten Werte fanden sich bei den 56- bis 65-Jährigen ($M = 2,0$), während die älteste Gruppe (76+ Jahre) mit einem Mittelwert von 2,8 den höchsten Wert aufwies, der sich statistisch signifikant von den anderen drei Gruppen unterschied.

Bei den Bewertungen ergaben sich für das Äquivalenzprinzip („Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Renten bekommen können als andere“) mittlere bis höhere Zustimmungswerte; die Altersunterschiede fielen ebenfalls gering aus und waren nicht statistisch signifikant. Schließlich wiesen die Mittelwerte für die vorsorgepessimistische Aussage („Es hat keinen Sinn für das Alter vorzusorgen, weil man ohnehin nicht weiß, was die Zukunft bringt“) in allen Altersgruppen niedrige Ausprägungen auf. Die Werte bewegten sich in einem engen Bereich zwischen Mittelwerten von 2,0 (56–65 Jahre) und 2,3 (43–55 Jahre; 76+ Jahre), sodass hier nur geringe aber signifikante Altersunterschiede erkennbar sind.

Abbildung 2: Einstellungen zur Altersvorsorge 2023, nach Altersgruppen



Quelle: DEAS 2023, Version 1.0, gewichtet; $n_{\text{Gleichheit}} = 4138$, $n_{\text{Eigenverantwortung}} = 4162$, $n_{\text{Grundbedarfssicherung}} = 4173$, $n_{\text{Äquivalenz}} = 4181$, $n_{\text{Vorsorgepessimismus}} = 4178$. Statistisch signifikant ($p < 0,05$); **Gleichheit**: Unterschiede zwischen 43- bis 55-Jährigen und 76-Jährigen und Älteren; **Eigenverantwortung**: Unterschiede zwischen 43- bis 55-Jährigen und 66- bis 75-Jährigen sowie 76-Jährigen und Älteren; zwischen 56- bis 65-Jährigen und 66- bis 75-Jährigen sowie 76-Jährigen und Älteren; sowie zwischen 66- bis 75-Jährigen und 76-Jährigen und Älteren; **Sicherung des Grundbedarfs** - Unterschiede zwischen 43- bis 55-Jährigen und 56- bis 65-Jährigen sowie 76-Jährigen und Älteren; zwischen 56- bis 65-Jährigen und 66- bis 75-Jährigen sowie 76-Jährigen und Älteren; sowie zwischen 66- bis 75-Jährigen und 76-Jährigen und Älteren; **Vorsorgepessimismus**: Unterschiede zwischen 43- bis 55-Jährigen und 56- bis 65-Jährigen sowie zwischen 56- bis 65-Jährigen und 76-Jährigen und Älteren.

Geschlecht

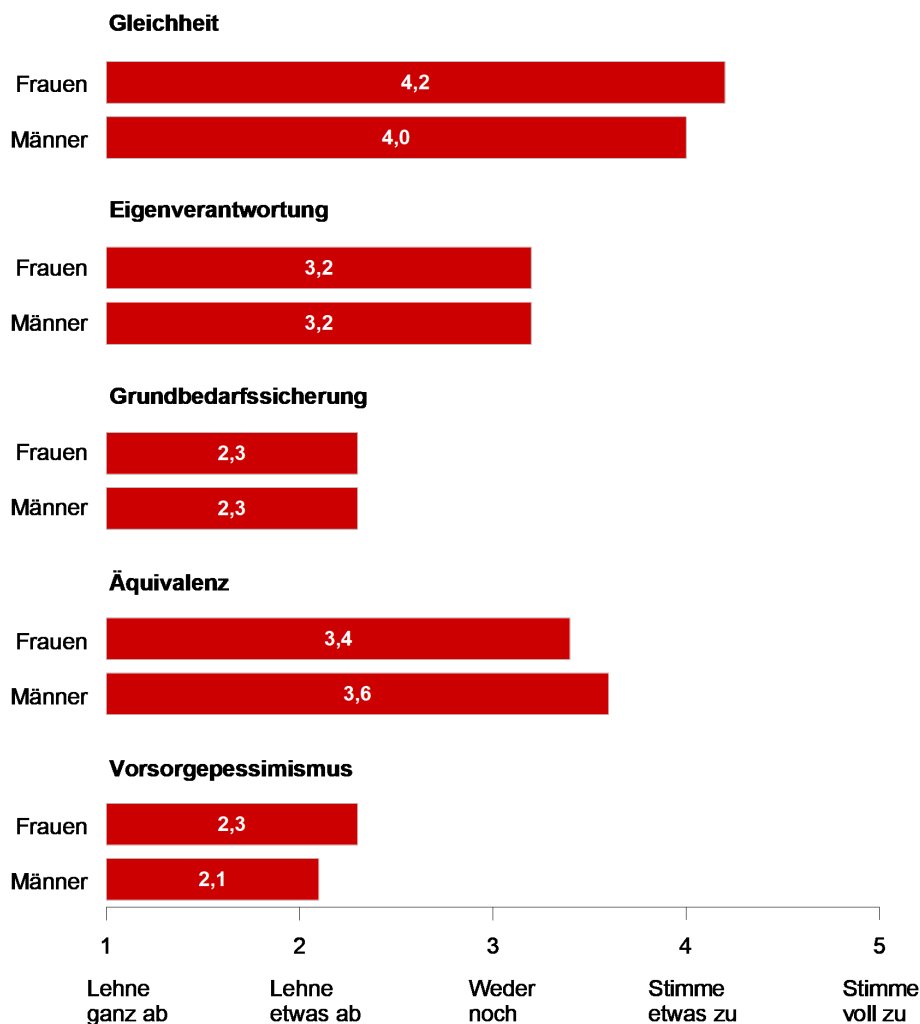
Frauen und Männer unterschieden sich hinsichtlich ihrer Einstellungen zur Alterssicherung geringfügig in bestimmten Punkten. Abbildung 3 zeigt die mittlere Zustimmung zu den verschiedenen normativen Prinzipien der Alterssicherung differenziert nach Geschlecht (männlich, weiblich). Bezüglich des Gleichheitsprinzips

(„Die staatliche Altersvorsorge sollte zu größerer Gleichheit der Einkommen und Lebensbedingungen unter den Älteren beitragen“) wiesen beide Gruppen hohe Zustimmungswerte auf. Frauen zeigten mit einem Mittelwert von 4,2 eine etwas höhere Zustimmung als Männer ($M = 4,0$). Dieser Unterschied ist auch statistisch signifikant. Beim Prinzip der Eigenverantwortlichkeit

(„Jeder sollte selbst die Verantwortung für seine Versorgung im Alter tragen“) sowie hinsichtlich der Aussage zur staatlichen Sicherung des Grundbedarfs („Es ist ausreichend, wenn die gesetzliche Rente den Grundbedarf der Menschen deckt“) unterschieden sich die Einstellungen von Frauen und Männern nicht signifikant voneinander. Bei der Aussage bezogen auf das Äquivalenzprinzip („Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Rente bekommen können als andere“)

fanden wir einen signifikanten Unterschied: Männer stimmten mit einem Mittelwert von 3,6 etwas stärker zu als Frauen (M = 3,4). Für die vorsorgepessimistische Aussage („Es hat keinen Sinn für das Alter vorzusorgen, weil man ohnehin nicht weiß, was die Zukunft bringt“) zeigte sich ein kleiner, ebenfalls statistisch signifikanter Unterschied: Frauen wiesen mit einem Mittelwert von 2,3 höhere Zustimmungswerte auf als Männer (M = 2,1).

Abbildung 3: Einstellungen zur Altersvorsorge 2023, nach Geschlecht



Quelle: DEAS 2023, Version 1.0, gewichtet; $n_{\text{Gleichheit}} = 4138$, $n_{\text{Eigenverantwortung}} = 4162$, $n_{\text{Grundbedarfssicherung}} = 4173$, $n_{\text{Äquivalenz}} = 4181$, $n_{\text{Vorsorgepessimismus}} = 4178$. Statistisch signifikant ($p < 0,05$): Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei Zustimmung für das Gleichheitsprinzip, Äquivalenzprinzip und bei Vorsorgepessimismus.

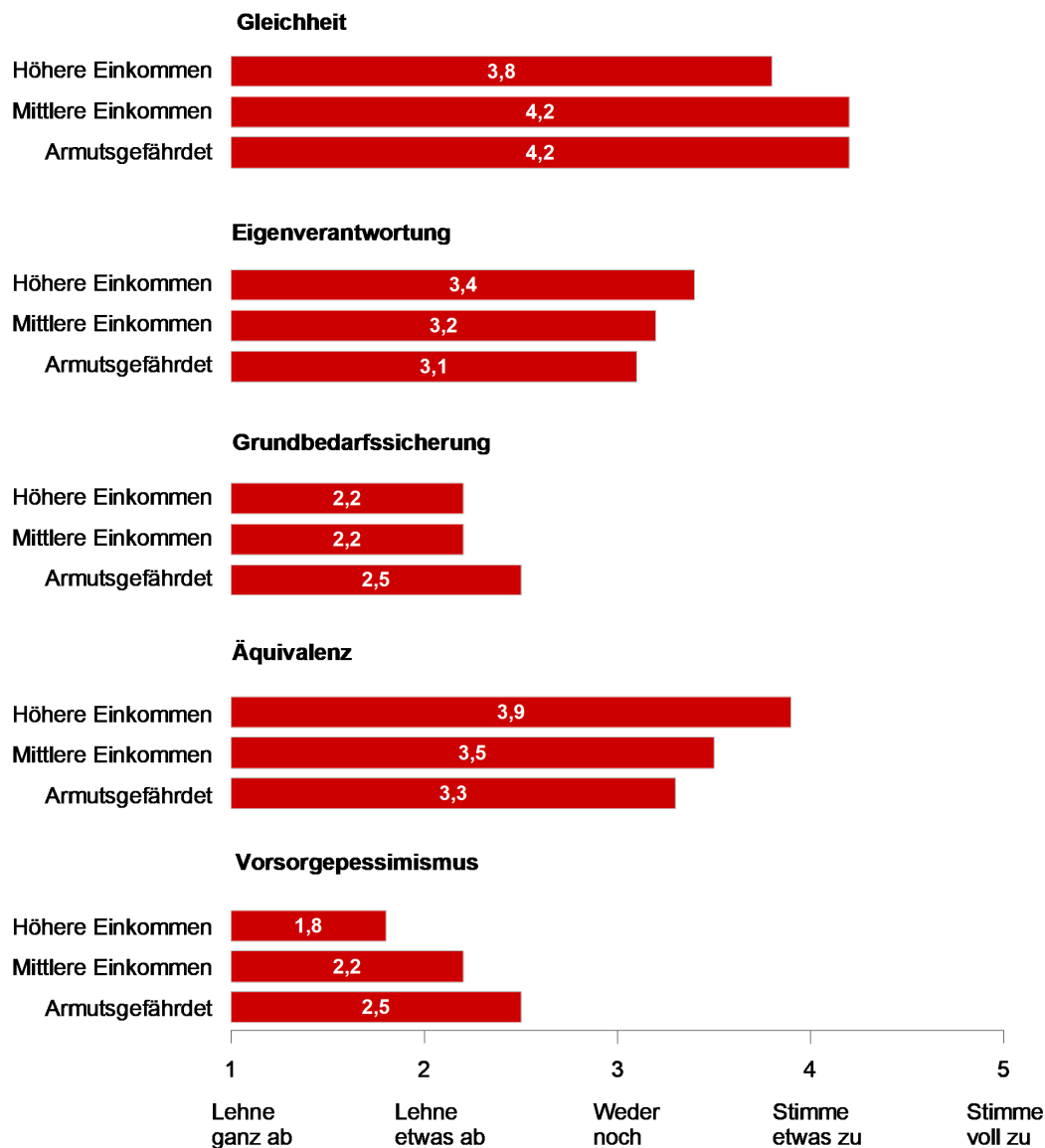
Einkommen

Abbildung 4 zeigt die mittlere Zustimmung zu den verschiedenen normativen Prinzipien der Alterssicherung differenziert nach

Einkommensgruppen. Beim Gleichheitsprinzip („Die staatliche Altersvorsorge sollte zu größerer Gleichheit der Einkommen und Lebensbedingungen unter den Älteren beitragen“) wiesen armutsgefährdete Personen (M = 4,2) sowie Personen mit mittlerem Einkommen (M = 4,2) sehr hohe Zustimmungswerte auf. In der Gruppe mit höherem Einkommen fiel die Zustimmung mit einem Mittelwert von 3,8 merklich geringer aus. Die Differenz zwischen oberer und unterer sowie zwischen oberer und mittlerer Einkommensgruppe beträgt jeweils 0,4 Skalenpunkte auf der fünfstufigen Skala und ist statistisch signifikant. Umgekehrt nahm beim Prinzip der Eigenverantwortlichkeit („Jeder sollte selbst die Verantwortung für seine Versorgung im Alter tragen“) die Zustimmung mit steigendem Einkommen zu.

Die Mittelwerte lagen bei 3,1 (armutsgefährdet), 3,2 (mittlere Einkommen) und 3,4 (höhere Einkommen). Die Differenz zwischen der niedrigsten sowie der mittleren und der höchsten Einkommensgruppe ist statistisch signifikant. Hinsichtlich der Grundbedarfssicherung („Es ist ausreichend, wenn die gesetzliche Rente den Grundbedarf der Menschen deckt“) zeigte sich ein umgekehrter Trend: Armutsgefährdete wiesen mit einem Mittelwert von 2,5 die höchste Zustimmung auf, gefolgt von Personen mit mittlerem Einkommen (M = 2,2) sowie höherem Einkommen (M = 2,2). Die Unterschiede zwischen niedrigster und mittlerer sowie zwischen niedrigster und höchster Einkommensgruppe fallen hier statistisch signifikant aus.

Abbildung 4: Einstellungen zur Altersvorsorge 2023, nach Einkommensgruppen



Quelle: DEAS 2023, Version 1.0, gewichtet; $n_{\text{Gleichheit}} = 4023$, $n_{\text{Eigenverantwortung}} = 4046$, $n_{\text{Grundbedarfssicherung}} = 4057$, $n_{\text{Äquivalenz}} = 4064$, $n_{\text{Vorsorgepessimismus}} = 4061$. Statistisch signifikant ($p < 0,05$): *Gleichheitsprinzip* - Unterschiede zwischen Personen mit niedrigem und hohem Einkommen sowie zwischen Personen mit mittlerem und hohem Einkommen; *Eigenverantwortlichkeit* - Unterschiede zwischen Personen mit niedrigem und hohem Einkommen sowie zwischen Personen mit mittlerem und hohem Einkommen; *Sicherung des Grundbedarfs* - Unterschiede zwischen Personen mit niedrigem und hohem Einkommen sowie zwischen Personen mit niedrigem und mittlerem Einkommen; *Äquivalenzprinzip* - Unterschiede zwischen Personen mit niedrigem und hohem Einkommen sowie zwischen Personen mit mittlerem und hohem Einkommen; *Vorsorgepessimismus* - Unterschiede zwischen Personen mit niedrigem und hohem Einkommen sowie zwischen Personen mit mittlerem und hohem Einkommen sowie zwischen Personen mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Für das Äquivalenzprinzip („Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Rente bekommen können als andere“) zeigte sich ein anderes Muster. Die Zustimmung stieg mit dem Einkommen an: Armutsgefährdete erreichten einen Mittelwert von 3,3, Personen mit mittlerem Einkommen einen Mittelwert von 3,5 und Personen mit höherem Einkommen einen Mittelwert von 3,9. Der Unterschied

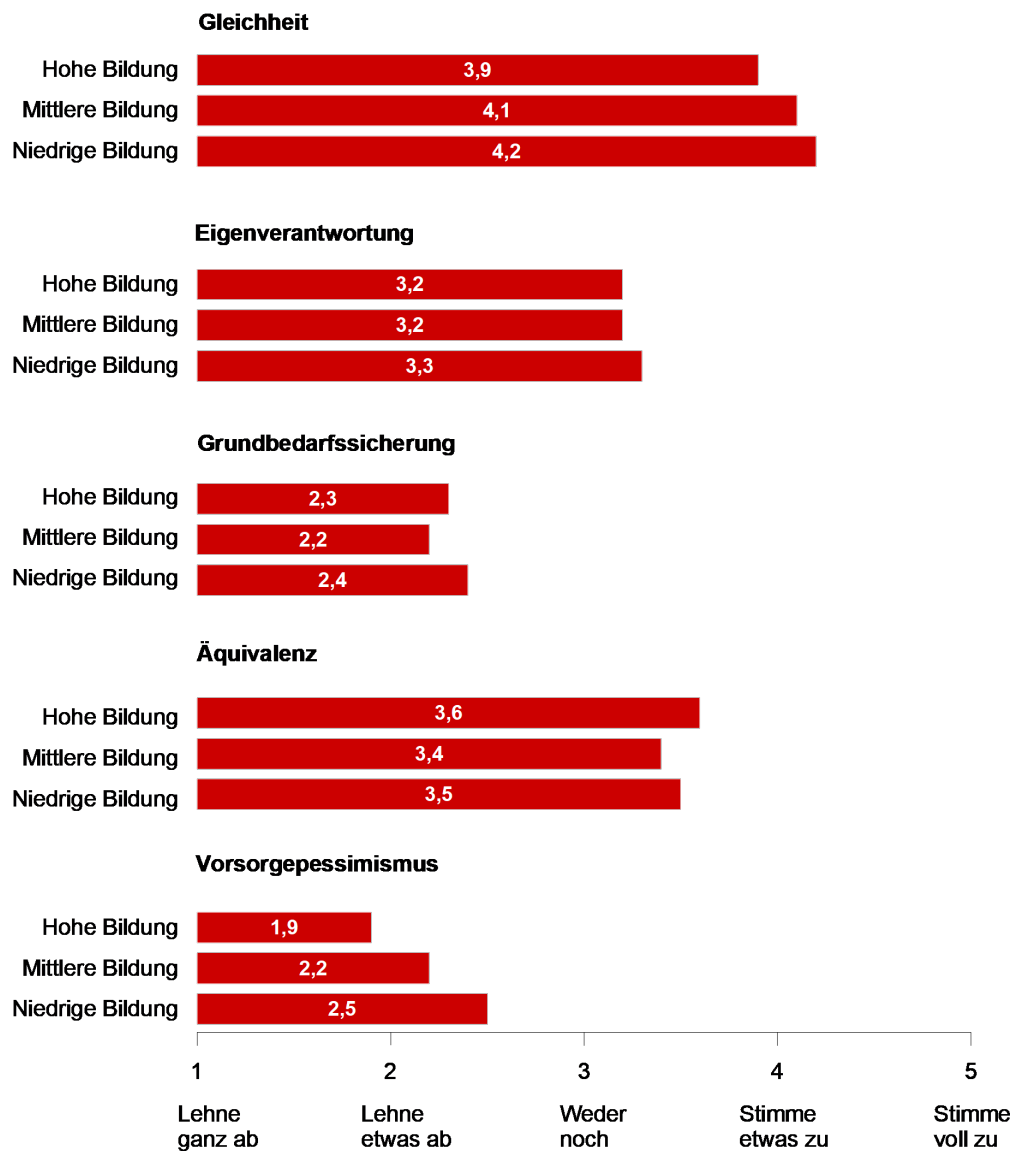
zwischen unterster und oberster Einkommensgruppe lag bei 0,6 Skalenpunkten und ist statistisch signifikant; dies gilt auch für den Unterschied zwischen unterster und mittlerer Einkommensgruppe. Für den Vorsorgepessimismus („Es hat keinen Sinn für das Alter vorzusorgen, weil man ohnehin nicht weiß, was die Zukunft bringt“) ergab sich ein klar abnehmender Verlauf mit

steigendem Einkommen. Armutsgefährdete erreichten einen Mittelwert von 2,5, Personen mit mittlerem Einkommen einen Mittelwert von 2,2 und Personen mit höherem Einkommen einen Mittelwert von 1,83 auf der von 1 bis 5 reichenden Skala. Die Unterschiede zwischen unterster und mittlerer, zwischen unterster und oberster Einkommensgruppe sowie zwischen mittlerer und oberster Einkommensgruppe sind statistisch signifikant.

Bildung

Auch nach Bildungsgruppen differenziert zeigten sich Unterschiede in den mittleren Zustimmungswerten zu den verschiedenen normativen Prinzipien der Alterssicherung (Abbildung 5). Hinsichtlich des Prinzips der Gleichheit („Die staatliche Altersvorsorge sollte zu größerer Gleichheit der Einkommen und Lebensbedingungen unter den Älteren beitragen“) zeigten sich statistisch signifikante Unterschiede zwischen Personen mit niedrigem und hohem Bildungsniveau sowie zwischen Personen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau. Personen mit niedrigem ($M = 4,2$) und mittlerem Bildungsniveau ($M = 4,1$) wiesen höhere Zustimmungswerte auf als Personen mit hohem Bildungsniveau ($M = 3,9$).

Abbildung 5: Einstellungen zur Altersvorsorge 2023, nach Bildungsniveau



Quelle: DEAS 2023, Version 1.0, gewichtet; $n_{\text{Gleichheit}} = 4135$, $n_{\text{Eigenverantwortung}} = 4159$, $n_{\text{Grundbedarfssicherung}} = 4170$, $n_{\text{Äquivalenz}} = 4178$, $n_{\text{Vorsorgepessimismus}} = 4175$. Statistisch signifikant ($p < 0,05$): *Gleichheitsprinzip* - Unterschiede zwischen Personen mit niedrigem und hohem Bildungsniveau sowie zwischen Personen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau; *Äquivalenzprinzip* - Unterschiede zwischen Personen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau; *Vorsorgepessimismus* - Unterschiede zwischen Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau, zwischen Personen mit niedrigem und hohem Bildungsniveau sowie zwischen Personen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau.

Für das Äquivalenzprinzip („Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Rente bekommen können als andere“) bestand ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen Personen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau. Personen mit hohem Bildungsniveau ($M = 3,6$) stimmten dieser Aussage stärker zu als Personen mit mittlerem Bildungsniveau ($M = 3,4$). Bezüglich einer vorsorgepessimistischen Einstellung („Es hat

keinen Sinn für das Alter vorzusorgen, weil man ohnehin nicht weiß, was die Zukunft bringt“) zeigten sich statistisch signifikante Unterschiede zwischen allen drei Bildungsgruppen: zwischen Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau, zwischen Personen mit niedrigem und hohem Bildungsniveau sowie zwischen Personen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau. Die Zustimmung nahm dabei mit steigendem Bildungsniveau ab

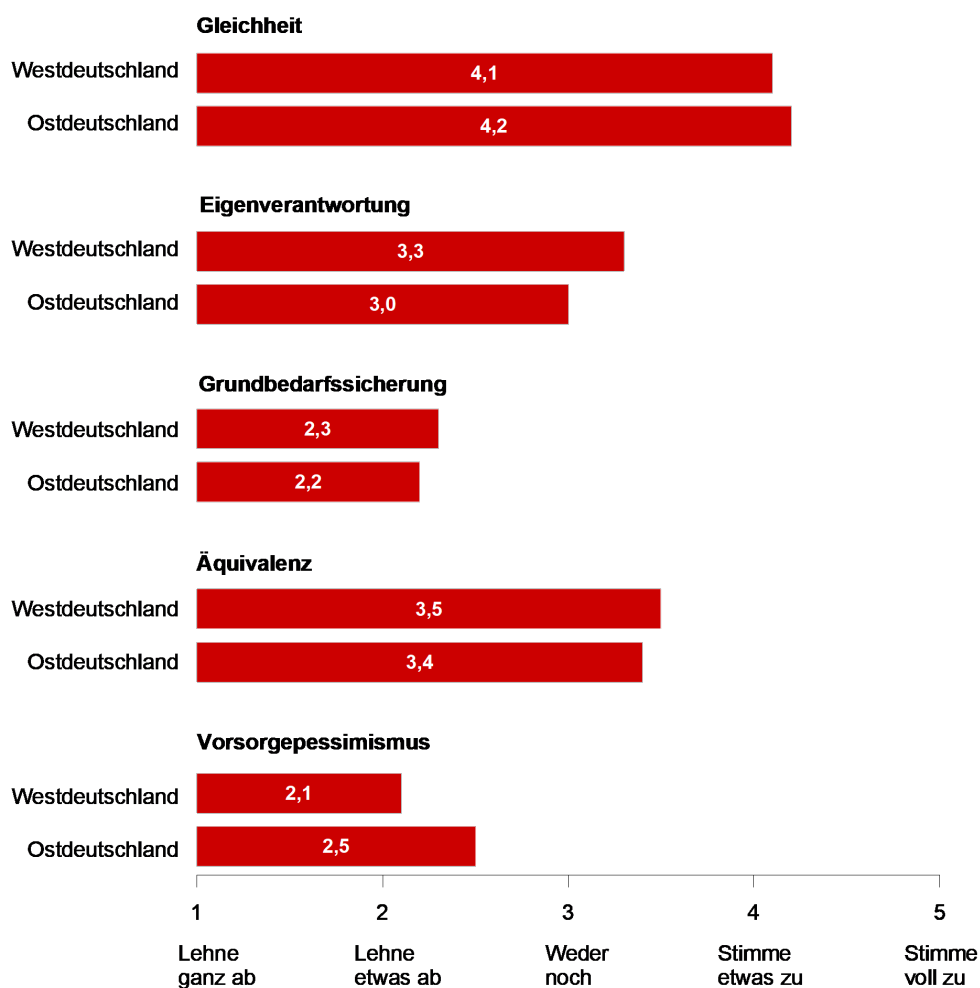
(niedrig: $M = 2,5$; mittel: $M = 2,2$; hoch: $M = 1,9$). Für die Aussagen zum Prinzip der Eigenverantwortung und Grundbedarfssicherung ergaben sich keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Region (Ost/West)

Abbildung 6 zeigt die mittlere Zustimmung zu den verschiedenen normativen Prinzipien der Alterssicherung differenziert nach Wohnort in Westdeutschland (früheres Bundesgebiet) und Ostdeutschland (frühere DDR). Statistisch signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigten sich bei den Fragen zu Eigenverantwortung

und Vorsorgepessimismus. Beim Prinzip der Eigenverantwortlichkeit („Jeder sollte selbst die Verantwortung für seine Versorgung im Alter tragen“) wiesen Personen aus Westdeutschland höhere Zustimmungswerte auf ($M = 3,3$) als Personen aus Ostdeutschland ($M = 3,0$). Beim Vorsorgepessimismus („Es hat keinen Sinn für das Alter vorzusorgen, weil man ohnehin nicht weiß, was die Zukunft bringt“) zeigte sich dagegen eine höhere Zustimmung in Ostdeutschland ($M = 2,45$) im Vergleich zu Westdeutschland ($M = 2,1$). Bei den übrigen normativen Prinzipien zeigten sich keine signifikanten Unterschiede zwischen Ost und West.

Abbildung 6: Einstellungen zur Altersvorsorge 2023, nach Region (Ost/ West)



Quelle: DEAS 2023, Version 1.0, gewichtet; $n_{\text{Gleichheit}} = 4138$, $n_{\text{Eigenverantwortung}} = 4162$, $n_{\text{Grundbedarfssicherung}} = 4173$, $n_{\text{Äquivalenz}} = 4181$, $n_{\text{Vorsorgepessimismus}} = 4178$. Statistisch signifikant ($p < 0,05$): Unterschiede zwischen Personen aus Ost- und Westdeutschland bei *Eigenverantwortung* und *Vorsorgepessimismus*.

Diskussion und Fazit

Für die Lebenssituation im Alter ist eine ausreichende finanzielle Absicherung zentral. Die meisten Menschen in Deutschland sind in Hinblick auf ihre Alterssicherung über die gesetzliche Rentenversicherung abgesichert. Diese ist allerdings auch immer wieder Thema politischer und öffentlicher Diskussionen: in Bezug auf ihre (zukünftige) Finanzierbarkeit, hinsichtlich ihrer Sicherungsfunktion für große Teile der Bevölkerung sowie in Bezug auf Fragen der Gerechtigkeit zwischen Einkommens- und Bevölkerungsgruppen ebenso wie zwischen Generationen (BAGSO, 2026; Fratzscher, 2021; SoVD, 2026). Rentenreformen, welche die Herausforderungen sich verändernder gesellschaftlicher Bedingungen adressieren, basieren auf Aushandlungsprozessen und bedürfen der gesellschaftlichen Legitimation, damit sie nicht nur technisch funktionieren, sondern auch in der Bevölkerung akzeptiert werden.

Vor diesem Hintergrund wurde im vorliegenden DZA Aktuell anhand der Daten des DEAS 2023 untersucht, inwieweit Menschen in der zweiten Lebenshälfte unterschiedlichen normativen Prinzipien der Alterssicherung (Gleichheit durch staatliche Umverteilung, Eigenverantwortung der Vorsorge, Grundbedarfssicherung) zustimmen, inwieweit sie das Äquivalenzprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung als gerecht bewerten und wie verbreitet vorsorgepessimistische Einstellungen sind. Darüber hinaus wurde der Frage nachgegangen, wie sich die Bewertungen zwischen Bevölkerungsgruppen unterscheiden. Für die Analyse wurden Mittelwerte der Zustimmung zu alterssicherungsbezogenen Aussagen aus dem DEAS ausgewertet. Zu berücksichtigen ist, dass sich die Befragten bei ihrer Zustimmung oder Ablehnung sowohl auf die Gesellschaft insgesamt als auch auf ihre eigene Situation oder die ihrer Kinder und Enkelkinder beziehen können. Auch wenn offen bleibt, welche dieser

Bezugsebenen jeweils maßgeblich ist, lassen sich auf Grundlage der Daten jedoch fundierte und belastbare Aussagen zur Verbreitung von Einstellungen zur Alterssicherung treffen.

Im Ergebnis zeigt sich, dass Menschen in der zweiten Lebenshälfte den betrachteten Prinzipien der Altersvorsorge in sehr unterschiedlichem Maße zustimmen. Vorsorgepessimistische Einstellungen sind im Vergleich zu den anderen Aspekten der Alterssicherung geringer ausgeprägt; ein Großteil der Personen im mittleren und höheren Erwachsenenalter scheint also nicht die Auffassung zu vertreten, für das Alter vorzusorgen lohne sich grundsätzlich nicht. Dieser Befund ist vor dem Hintergrund einer medialen „Krisenrhetorik“ besonders bedeutsam (BAGSO, 2026; SoVD, 2026) und zeigt, dass die zentralen Grundpfeiler der Altersvorsorge durchaus auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen. Insgesamt erfährt das Prinzip der Gleichheit eine stärkere Zustimmung als der Grundsatz der Eigenverantwortung, welcher wiederum deutlich stärker befürwortet wird als die Aussage, dass die gesetzliche Rente lediglich den Grundbedarf sichern sollte. Dies legt die Schlussfolgerung nahe, dass Menschen in der zweiten Lebenshälfte sich eher mehr umverteilende Elemente zum Ziel einer stärkeren sozialen Gleichheit in der Alterssicherung wünschen. Tatsächlich wird das in der gesetzlichen Rentenversicherung implementierte Äquivalenzprinzip aber überwiegend ebenfalls als gerecht bewertet (mit den zweithöchsten Zustimmungswerten nach dem Prinzip der Gleichheit). Die gleichzeitige Zustimmung zu staatlicher Umverteilung und Äquivalenzprinzip wirkt dabei nur auf den ersten Blick widersprüchlich. Dahinter steht möglicherweise eine Vorstellung von Gerechtigkeit, die beides verbindet: Wer viel geleistet und eingezahlt hat, soll dies in der Rente wiederfinden. Gleichzeitig sollen sehr hohe Renten begrenzt und niedrige Renten so abgesichert werden, dass Armut wirksam

verhindert wird (Mau, 2003). Demgegenüber ist davon auszugehen, dass Vorschläge, die GRV zu einer minimalen Basissicherung umzubauen, wohl eher nicht auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen werden (Fratzscher, 2021).

Alter

Insbesondere bei der Betonung individueller Eigenverantwortung werden deutliche Differenzen zwischen den Altersgruppen sichtbar; Personen, die sich bereits im (höheren) Rentenalter befinden, weisen hier die höchsten Zustimmungswerte auf, möglicherweise weil sie in der biografischen Rückschau davon ausgehen, selbst gut für das Alter vorgesorgt zu haben, und nun der Meinung sind, Jüngere sollten dies ebenfalls tun, ggf. aber auch vor dem Hintergrund der Einschätzung, dies gerade nicht (ausreichend) getan zu haben. Gleichzeitig neigen die 75-Jährigen und Älteren aber auch eher dem Gleichheitsprinzip zu als Personen im mittleren Erwerbsalter.

Weitere signifikante Altersunterschiede bestehen bezüglich der Einschätzung, der Staat solle nur den Grundbedarf im Alter sichern und bei vorsorgepessimistischen Einstellungen. Personen im späten Erwerbsalter bzw. im Übergang zum Rentenalter (56- bis 65 Jahre) stimmen am seltensten dem Grundsicherungsprinzip zu. Dies ist vor dem Hintergrund, dass diese Altersjahrgänge in der Regel bereits viele Jahre in das Rentensystem eingezahlt haben und ein Interesse daran haben, dass die Ansprüche nicht durch ein minimales Grundsicherungsprinzip verloren gehen, plausibel. Darüber hinaus weisen sie auch die niedrigsten vorsorgepessimistischen Einstellungen auf. Angehörige der Babyboomer-Kohorte zugehörigen Altersgruppe scheinen also, sowohl im Vergleich zu jüngeren als auch zu älteren Kohorten, recht zuversichtlich auf die Alterssicherung zu blicken. Interessanterweise finden wir bezüglich des Äquivalenzprinzips keine Altersunterschiede.

Geschlecht

Zusammenfassend zeigen sich insgesamt eher geringe Geschlechtsunterschiede in den Einstellungen zur Alterssicherung. Die größten und statistisch signifikanten Differenzen finden sich beim Äquivalenzprinzip sowie beim Vorsorgepessimismus: Frauen bewerten das Äquivalenzprinzip als etwas weniger gerecht und haben etwas vorsorgepessimistischere Einstellungen als Männer. Dies könnte auch auf ihre im Durchschnitt schlechtere ökonomische Position und ihre niedrigeren Rentenanwartschaften zurückzuführen sein. Darüber hinaus befürworten sie etwas stärker das Gleichheitsprinzip als Männer. Bei den übrigen Aussagen lassen sich dagegen keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen nachweisen. Den Befund anderer Studien (Grasso & Shorrocks, 2025), dass Frauen eine wohlfahrtstaatliche Umverteilung stärker unterstützen als Männer, finden wir also ebenfalls, wenn auch nicht sehr ausgeprägt und nur für einen Teil der Aussagen. Auf Seiten der alterssicherungsbezogenen politischen Einstellungen und den Erwartungen an den Staat und Politik zeigen sich nur kleine (Gleichheit) bzw. keine (Eigenverantwortung, Grundsicherung) geschlechtsspezifischen Unterschiede. Größere Unterschiede können wir hinsichtlich der Gerechtigkeitsbewertungen fest institutionalisierter Säulen des Alterssicherungssystems beobachten.

Einkommen

Insgesamt zeigen sich bei mehreren normativen Prinzipien signifikante Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen, wobei die größten Abweichungen beim Äquivalenzprinzip sowie bei einer vorsorgepessimistischen Haltung auftreten. Armutsgefährdete Personen neigen am stärksten der Auffassung zu, die Alterssicherung sollte zu mehr Gleichheit der Einkommen beitragen, befürworten also am deutlichsten das

Umverteilungsmoment der Altersvorsorge. Korrespondierend dazu lehnen sie die Aussage, dass jede Person selbst für ihr Alter vorsorgen sollte, am stärksten ab und bewerten das Äquivalenzprinzip auch als weniger gerecht als andere Einkommensgruppen. Bei ihnen sind erwartungsgemäß auch vorsorgepessimistische Einstellungen am ausgeprägtesten. Das ist vor dem Hintergrund erschwerter privater Vorsorge für diese Gruppen und einer Aussicht auf geringe Rentenleistungen keine Überraschung (Borlinghaus et al., 2026). Interessanterweise neigen sie aber auch stärker als alle anderen Einkommensgruppen zur Zustimmung der Aussage, dass es ausreichend sei, wenn die gesetzliche Rente nur den Grundbedarf decke, möglicherweise weil ihre eigenen Renten ohnehin nicht mehr als den Grundbedarf abdeckt. Die Einstellungen von Personen mit hohem Einkommen verhalten sich gegenläufig dazu mit den niedrigsten Zustimmungswerten zu Gleichheit, Grundbedarfssicherung und Vorsorgepessimismus und den höchsten zum Äquivalenzprinzip und zur Eigenverantwortlichkeit. Personen mit mittlerem Einkommen bewegen sich bei allen normativen Prinzipien und Bewertungen dazwischen.

Die Unterschiede nach Einkommensgruppen zeigen, dass Einstellungen zur Alterssicherung auch mit der eigenen finanziellen Lage zusammenhängen und Personen eher denjenigen normativen Prinzipien zuneigen, die ihnen für ihre eigene (zukünftige) finanzielle Situation vorteilhaft erscheinen. Ob und in welchem Ausmaß der Einfluss der Einkommensposition auf die Bewertung von Altersvorsorgeprinzipien auch davon abhängt, ob sich Personen aktuell in Erwerbstätigkeit befinden oder aufgrund von Arbeitslosigkeit, Krankheit, der Pflege von Angehörigen oder eigener Verrentung nicht (mehr) erwerbstätig sind, bleibt an dieser Stelle offen und ist weiterer Forschung vorbehalten.

Bildung

Relevante Bildungsunterschiede zeigen sich zum einen hinsichtlich der Befürwortung des Prinzips der Gleichheit: Mit höherer Bildung geht eher geringere Zustimmung des Gleichheitsprinzips einher, mit niedriger Bildung eher deutlichere Zustimmung. Zum anderen sinkt mit einem höheren Bildungsgrad die Neigung zu vorsorgepessimistischen Einstellungen. Dies könnte sowohl auf eine bessere Informiertheit über Zusammenhänge der Alterssicherung („pension literacy“) als auch auf eine bessere Einkommensposition und auf höhere Renten(anwartschaften) bei höher gebildeten Personen zurückzuführen sein. Personen mit einem hohen Wissen zur Altersvorsorge haben eventuell auch eine geringere Abhängigkeit von staatlichen Umverteilungsmaßnahmen, da sie über differenzierte Informationen zu anderen, alternativen, privaten Vorsorgeinstrumenten verfügen.

Region (Ost/West)

Die regionalen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind moderat. Statistisch signifikante Unterschiede finden sich in Hinsicht auf Eigenverantwortung und Vorsorgepessimismus, wobei entsprechend den Erwartungen Personen in Ostdeutschland weniger der Eigenverantwortung zustimmen und vorsorgepessimistischere Einstellungen haben. Diese können zum einen die Folge ost-west-spezifischer Sozialisierungserfahrungen im Lebensverlauf sein. Im wohlfahrtsstaatlichen aber marktwirtschaftlichen System der BRD war die Rolle des Staates für die Daseinsfürsorge geringer ausgeprägt als im staatssozialistischen System der DDR, was sich auch in Einstellungen zu Eigenverantwortlichkeit und Umverteilung in den jeweiligen Bevölkerungen niedergeschlagen hat. Aber auch Unterschiede in der aktuellen wirtschaftlichen Situation und Unterschiede in den Rentenansprüchen zwischen Ost und West können hier eine Rolle spielen.

Kohortenanalysen (Wegener & Liebig, 2010) zeigen, dass beide Faktoren eine Rolle spielen, indem die Einstellungen der Menschen langfristig durch Sozialisationserfahrungen geprägt werden, aber auch wirtschaftliche Entwicklungen widerspiegeln.

Fazit

Menschen in der zweiten Lebenshälfte haben in Deutschland nur selten den Eindruck, eine Vorsorge für das Alter lohne sich nicht. Ungeachtet der Herausforderungen, mit denen sich die Systeme der Alterssicherung konfrontiert sehen, sind die Zustimmungswerte zum Vorsorgepessimismus vergleichsweise niedrig. Ein grundlegendes Vertrauen in das Rentensystem scheint also gegeben zu sein. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um eine konstruktive Debatte um Rentenreformen führen zu können. Auch wenn die Akzeptanz der Alterssicherung aktuell insgesamt recht hoch ist, könnten zunehmende Einkommensungleichheiten allerdings zukünftig Vorsorgepessimismus stärken und die Akzeptanz der Alterssicherung schwächen. Im Blick behalten werden sollte dabei auch die Situation in Ostdeutschland – unsere Daten aus 2023 zeigen hier eine stärkere Verbreitung vorsorgepessimistischer Einstellungen. Statt einer Krisenrhetorik, wie sie in der politischen und medialen Debatte in Bezug auf die gesetzliche Rentenversicherung häufig durchscheint, wäre eine sachliche Diskussion von Lösungsansätzen hier sicherlich besser geeignet, um das Vertrauen in die Alterssicherung zu stärken.

Der zentrale zugrundeliegende normative Grundsatz der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, das Äquivalenzprinzip, nach dem Personen mit höherem Einkommen im Erwerbsleben auch eine höhere Rente im Alter erhalten, wird von Menschen in der zweiten Lebenshälfte überwiegend als gerecht bewertet; er erfährt also eine hohe Akzeptanz. Gleichzeitig

genießt das Prinzip der Gleichheit mit umverteilenden Elementen eine stärkere Zustimmung als der (im Zuge der letzten großen Rentenreformen deutlich gestärkte) Grundsatz der Eigenverantwortung. Ein weiterer Ausbau der Eigenverantwortlichkeit der Individuen für ihre Alterssicherung, wie aktuell politisch diskutiert (Deutscher Bundestag, 2026; Haupt, 2024), könnte daher möglicherweise auf geringe Akzeptanz stoßen. Ein Modell, bei dem die gesetzliche Rente lediglich den Grundbedarf sichert, wird von den meisten Menschen im mittleren und höheren Erwachsenenalter auf jeden Fall eher kritisch bewertet – die meisten Menschen wünschen sich ein Modell, das über die Absicherung der Grundbedürfnisse hinausgeht. Demgegenüber könnten Reformmodelle, die auf eine Verringerung sozialer Ungleichheiten innerhalb der Alterssicherung abzielen, aufgrund der vergleichsweise starken Zustimmung zum Prinzip der Gleichheit möglicherweise eher akzeptiert werden. In der aktuellen Reformdebatte wird unter anderem vorgeschlagen, die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen und/oder zusätzliche Rentenansprüche bei höheren Einkommen nur noch unterproportional anwachsen zu lassen (bspw. Fratzscher, 2023). Entsprechende Modelle einer progressiven bzw. einkommensgestaffelten Rentenberechnung wurden etwa vom Sachverständigenrat diskutiert; sie zielen auf eine stärkere intragenerationelle Umverteilung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung, stehen jedoch in Spannung zum Äquivalenzprinzip, nach dem Rentenansprüche grundsätzlich proportional zu den gezahlten Beiträgen erworben werden sollen (Sachverständigenrat, 2023). Befürworter*innen solcher Reformen argumentieren, dass eine strikte Beitragsäquivalenz verteilungspolitisch problematisch sein kann, weil Personen mit höherem Einkommen im Durchschnitt länger leben und dadurch länger Renten beziehen; das formal äquivalente System kann so faktisch regressiv wirken (Haan et al., 2020).

Kritische Stimmen wenden dagegen ein, dass Umverteilung und Armutsvermeidung gesamtgesellschaftliche Aufgaben seien und deshalb eher über das Steuer-Transfer-System als über die beitragsfinanzierte Rentenversicherung erfolgen sollten (Roßbach, 2025). Zudem werden rechtliche und systematische Grenzen von Reformen diskutiert, bei denen zusätzliche Beiträge bei hohen Einkommen die spätere Rente nur noch weniger stark erhöhen (Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, 2023; Bofinger, 2024). Unsere Ergebnisse legen jedoch nahe, dass die Bevölkerung durchaus offen für umverteilende Elemente innerhalb des Rentensystems ist, auch wenn diese zulasten einer strikten Beitragsäquivalenz gehen; dies steht im Einklang mit aktuellen Befunden zur Akzeptanz teilhabeorientierter bzw. stärker umverteilender Rentenmodelle, bei denen hohe Einkommen nicht mehr im gleichen Verhältnis zu höheren Rentenansprüchen führen (Breyer & Sterba, 2026).

Einstellungen zur Alterssicherung hängen auch mit konkreten Lebenssituationen, Erwerbsverläufen und der finanziellen Lage sowie sich daraus ergebenden individuellen Zukunftserwartungen zusammen. Die in diesem DZA Aktuell dargestellten Befunde

belegen, dass sich Einstellungen zur Altersvorsorge nicht nur aus grundlegenden Überzeugungen wie übergeordneten Gerechtigkeitsvorstellungen (Liebig & May, 2009; Wegener & Liebig, 2010) speisen, sondern dass Menschen die Alterssicherung auch danach bewerten, was ihnen für ihre eigene (zukünftige) Situation nützt und/oder realistisch erscheint. Unsere Ergebnisse legen nahe, dass Einkommensunterschiede mit größeren Differenzen in den hier betrachteten Einstellungen zur Altersvorsorge einhergehen als Altersunterschiede. Die Befunde sprechen damit gegen die in der öffentlichen Debatte immer wieder anzutreffende Vorstellung, ältere Menschen bildeten eine homogene Gruppe, die sich geschlossen gegen Veränderungen des rentenpolitischen Status quo wendet. Vielmehr sind es gerade die Altersgruppen, die sich noch im Erwerbsalter befinden, die weniger dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit zustimmen und ein Vorsorgeniveau befürworten, das über die Sicherung des Grundbedarfs hinausgeht. Insgesamt zeigt sich, dass eher die Vielfalt der Lebenslagen und vor allem die materielle Situation die hier betrachteten Einstellungen prägen – stärker als das Alter für sich genommen.

Literatur

- Alesina, A., & Fuchs-Schündeln, N. (2007). Good-bye Lenin (or not?): The effect of communism on people's preferences. *American Economic Review*, 97(4), 1507–1528. <https://doi.org/10.1257/aer.97.4.1507>.
- Aprea, C., Baginski, R., Schütz, J., & Übelmesser, S. (2025). *Verständnis, Haltungen und Reformpräferenzen zur Altersvorsorge in Deutschland: Gibt es einen Generationenkonflikt?* Working Paper: Universität Mannheim.
- Bäcker, G. (2018). Soziale Sicherung. In H. Otto, H. Thiersch, R. Treptow, & H. Ziegler (Hrsg.) *Handbuch Soziale Arbeit: Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik* (S. 1508–1530). München: Ernst Reinhard Verlag.
- Bäcker, G. (2021). Sozialversicherung und Grundsicherung im Spannungsverhältnis. Umbrüche und Perspektiven des Systems der sozialen Sicherung. In: F. Blank, C. Schäfer, & D. Spannagel (Hrsg.) *Grundsicherung weiterdenken* (S. 37–60). Bielefeld: Transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839455944-003>.
- Bäcker, G. (2022). Alterssicherung in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72(20), 4–9. Online: <https://www.bpb.de/themen/soziale-lage/rentenpolitik/290880/hoehe-und-verteilung-der-erwerbsminderungsrenten/> (zuletzt abgerufen 26.05.2026).
- BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V. (2026). *Für eine zukunftsfeste gesetzliche Rente: Impulse zur Versachlichung der aktuellen Rentendiskussion*. Stellungnahme, 1. Auflage. Bonn: BAGSO.
- Blank, F. (2025). A paradigm shift backwards? Current trends and reforms in German pension and labour market policies. In: S. Köppe, A. Parma & B. Sojka (Hrsg.) *Social Policy Review* 37. Bristol: Policy Press. <https://doi.org/10.51952/9781447377245.ch003>.
- Bofinger, P. (2024). Grundprinzipien der gesetzlichen Rentenversicherung nicht infrage stellen: Eine Kritik an den Reformvorschlägen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. *Deutsche Rentenversicherung*, 79(1), 30–48.
- Borlinghaus, M., Geyer, J., & Haan, P. (2026). Private und betriebliche Altersvorsorge ist zwischen den Einkommensgruppen ungleich verbreitet. *DIW Wochenbericht*, 93(16/17), 247–253.
- Brettschneider, A. (2012). Legitimitätsprobleme der „Basissicherung“. Die deutsche Alterssicherungspolitik nach dem Paradigmenwechsel. *Zeitschrift für Sozialreform*, 58(2), 149–174. <https://doi.org/10.1515/zsr-2012-0204>.
- Breyer, F., & Sterba, M.-B. (2026). Teilhabeäquivalenz in der Rentenversicherung: Die Meinung der Bürger. *Wirtschaftsdienst*, 106(2), 100–103. <https://doi.org/10.2478/wd-2026-0028>.
- Butterwegge, C., Bosbach, G., & Birkwald, M. W. (2012). *Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Christen, C. (2017). Der neoliberale Rentenkonsens in Deutschland und seine Genese. Von der Lebensstandardsicherung zur Altersarmut für Millionen. *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft*, 47(187), 309–324. <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i187.147>.
- Deutscher Bundestag (2026). *Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge (Altersvorsorgereformgesetz)*. Drucksache 21/4088. <https://dserver.bundestag.de/btd/21/040/2104088.pdf>.
- Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste. (2023). *Grenzen der Zulässigkeit eines degressiven Rentenmodells*. Sachstand WD 6 – 3000 – 001/23. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Ebbinghaus, B., & Naumann, E. (2020). *The legitimacy of public pensions in an ageing Europe: Changes in subjective evaluations and policy preferences, 2008–2016*. In: T. Laenen, B. Meuleman, & W. van Oorschot (Hrsg.) *Welfare state legitimacy in times of crisis and austerity: Between continuity and change* (S. 159–181). Cheltenham: Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781788976305.00020>.
- Franke, J., & Simonson, J. (2018). Social justice beliefs regarding old-age provisions in Germany: A latent profile analysis. *Social Justice Research*, 31, 182–205. <https://doi.org/10.1007/s11211-018-0305-x>.
- Fratzcher, M. (2021). Unser Rentensystem. Eine Umverteilung von unten nach oben: Kommentar, *DIW Wochenbericht*, 88(35), 584.

- Fratzscher, M. (2023, 30. Januar). *Alterssicherung sollte sich von der Beitragsäquivalenz verabschieden*. DIW Berlin. Online: https://www.diw.de/de/diw_01.c.864518.de/nachrichten/alterssicherung_sollte_sich_von_der_beitragsaequivalenz_verabschieden.html (zuletzt abgerufen 26.05.2026).
- Grasso, M., & Shorrocks, R. (2025). Are new generations of women more left-wing than men? Generations and gender gaps in attitudes to inequality and social services. *Journal of European Public Policy*, 1–28. <https://doi.org/10.1080/13501763.2025.2490811>.
- Haan, P., Kemptner, D., & Lüthen, H. (2020). The rising longevity gap by lifetime earnings: Distributional implications for the pension system. *The Journal of the Economics of Ageing*, 17, Article 100199. <https://doi.org/10.1016/j.jeoa.2019.100199>.
- Haupt, M. (2024). Aktuelle Diskussionen zum Ausbau kapitalgedeckter Altersvorsorge als Ergänzung des Rentensystems. *Wirtschaftsdienst*, 104(2), 82–86. <https://doi.org/10.2478/wd-2024-0028>.
- Heller, A., & Schmidt, P. (Hrsg.). (2024). *Thirty years after the Berlin Wall: German unification and transformation research* (1. Auflage). London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003427469>.
- Hinrichs, K., & Lynch, J. F. (2021). Old-Age Pensions. In: D. Béland, S. Leibfried, K. J. Morgan, H. Obinger, & C. Pierson (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Welfare State* (S. 492–505). Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198828389.013.28>.
- Jeene, M., van Oorschot, W., & Uunk, W. (2014). *The dynamics of welfare opinions in changing economic, institutional and political contexts: An empirical analysis of Dutch deservingness opinions, 1975–2006*. *Social Indicators Research*, 115(2), 731–749. <https://doi.org/10.1007/s11205-012-0230-6>.
- Klaus, D., Engstler, H., Mahne, K., Wolff, J. K., Simonson, J., Wurm, S., & Tesch-Römer, C. (2017). Cohort Profile: The German Ageing Survey (DEAS). *International Journal of Epidemiology*, 46(4), 1105–1105g. <https://doi.org/10.1093/ije/dyw326>.
- Laenen, T., Meuleman, B., & van Oorschot, W. (Hrsg.). (2020). *Welfare state legitimacy in times of crisis and austerity*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Liebig, S., & May, M. (2009). Dimensionen sozialer Gerechtigkeit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 59(47), 3–8.
- Mau, S. (2003). *The moral economy of welfare states: Britain and Germany compared*. London: Routledge.
- Mühleck, K., & Scheller, P. (2014). Gerechtigkeitsideologien mit Bezug zur Altersvorsorge. Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen (ZIS). <https://doi.org/10.6102/zis163>.
- Moosdorf, D. (2024). *Messung von Wissen zur staatlichen Alterssicherung und dessen Verteilung in der Bevölkerung*. In M. Tausendpfund & B. Westle (Hrsg.), *Politisches Wissen: Korrekte Kenntnisse, Fehlvorstellungen und Ignoranz* (S. 83–119). Wiesbaden: Springer VS.
- Nemčok, M., Im, Z. J., Grasso, M., & Bonomi Bezzo, F. (2025). Public opinion and the welfare state: sources, processes, and consequences. *Journal of European Public Policy*, 1–25. <https://doi.org/10.1080/13501763.2025.2572362>.
- Nullmeier, F. (2025). Vertrauen als Wert des Sozialstaates? In: P. Gräfe, J. Hafner, A. Kastilan, & L. A. Süß (Hrsg.), *Politik und Verwaltung. Verstehen und Verändern. Festschrift für Jörg Bogumil* (S. 307–326). Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748942153-307>.
- Nullmeier, F., & Brosig, M. (2025). Rente mit Zukunft. Reformszenarien der Alterssicherung. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Wirtschaft und Soziales E-Paper*.
- Riekhoff, A.-J. (2020). Pension reforms, the generational welfare contract and preferences for pro-old welfare policies in Europe. *Social Policy & Administration*, 54(4), 563–579. <https://doi.org/10.1111/spol.12678>.
- Romeu Gordo, L., & Simonson, J. (2022). Gender Pay Gap – ein persistentes Problem mit gravierenden Konsequenzen für Geschlechterungleichheit in der Alterssicherung, *ifo Schnelldienst*, 75(10), 33–35.
- Roßbach, G. (2025). *Äquivalenz und Umverteilung in der GRV*. Präsentation anlässlich des Presseseminars der Deutschen Rentenversicherung Bund am 12. November 2025 in Würzburg. Berlin: Deutsche Rentenversicherung Bund.

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. (2023). *Wachstumsschwäche überwinden – in die Zukunft investieren: Jahresgutachten 2023/24*. Wiesbaden: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Schäfer, I. (2014). Die Vollendung eines Paradigmenwechsels: Vom Lebensstandard zur Lebensleistungsrente. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 83(2), 21–32. <https://doi.org/10.3790/vjh.83.2.21>.
- Schrenker, M. (2011). *Generationengerechtigkeit in der Alterssicherung. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde*. Berlin: Humboldt-Universität. <https://doi.org/10.18452/17545>.
- Simonson, J., Wünsche, J., Bünning, M., Spuling, S., Weinhardt, M., Ehrlich, U., Huxhold, O., Kelle, N., Lozano, A., Stuth, S., & Tesch-Römer, C. (2025). *Deutscher Alterssurvey (DEAS): Instrumente der DEAS-Erhebung 2023*. Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA). <https://doi.org/10.5156/DEAS.2023.D.001>.
- Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD). (2026, 21. April). *SoVD: Gesetzliche Rente nicht schlechtreden*. Online: <https://www.sovd.de/aktuelles/meldung/sov-d-gesetzliche-rente-nicht-schlechtreden/> (zuletzt abgerufen 25.06.2026).
- Stein, U. (2025). *Die Stabilisierung des Rentenniveaus bringt einen generationenübergreifenden Nutzen mit sich: Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten*. IMK Policy Brief Nr. 200. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung.
- Taylor-Gooby, P., Leruth, B., & Chung, H. (Hrsg.). (2017). *After austerity: Welfare state transformation in Europe after the Great Recession*. Oxford: Oxford University Press.
- van Oorschoot, W., Laenen, T., Roosma, F., & Meuleman, B. (2022). Recent advances in understanding welfare attitudes in Europe. In: *Social Policy in Changing European Societies* (S. 202–217). <https://doi.org/10.4337/9781802201710.00021>.
- Wegener, B. & Liebig, S. (2010). Gerechtigkeitsvorstellungen in Ost- und Westdeutschland im Wandel: Sozialisation, Interessen, Lebenslauf. In: P. Krause & I. Ostner (Hrsg.). *Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit* (S. 83–102). Frankfurt am Main: Campus.
- Wegener, B., & Schrenker, M. (2007). Was sind gerechte Renten? Gerechtigkeit in der Alterssicherung aus Sicht der deutschen Bevölkerung. In D. R. Bund (Hrsg.), *Die gesetzliche Rente in Deutschland - 50 Jahre Sicherheit durch Anpassungen* (S. 84–107). Bad Homburg: wdv Gesellschaft für Medien und Kommunikation.
- Weißkopf, M. (2023). *Einstellung zur Altersvorsorge und Vorsorgeverhalten der "Generation Mitte". Bildung von Sach- und Kapitalevermögen im Kontext der privaten Altersvorsorge aus sozialhistorischer und empirischer Perspektive*. Baden-Baden: Nomos.
- Wilke, F. (2018). Erkaufte Sicherheit. Das Vorsorgeverhalten der Bürger in den Bereichen Alter, Pflege und Gesundheit. *Zeitschrift für Sozialreform*, 64(1), 81–109. <https://doi.org/10.1515/zsr-2018-0006>.

Impressum

J. Simonson, O. Platt, M. Weinhardt (2026).
Einstellungen zur Alterssicherung in der zweiten
Lebenshälfte: Hohe Zustimmung zu Gleichheit und
Äquivalenzprinzip. [DZA Aktuell 02/2026]. Berlin:
Deutsches Zentrum für Altersfragen.
<https://doi.org/10.60922/f4gt-q477>

ISSN: 2944-1021

Creative Commons CC-BY-Share Alike 4.0

Erschienen im Juni 2026.

DZA Aktuell ist ein Produkt des Deutschen
Zentrums für Altersfragen (DZA), Berlin. Das DZA
wird gefördert durch das Bundesministerium für
Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

www.dza.de

